

Wahlzeitung

DIE LINKE.

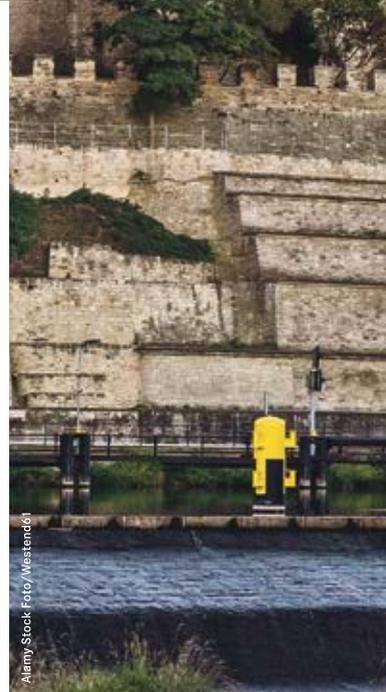
LANDTAGSWAHL 2021 · SALZLANDKREIS · DIE LINKE - SACHSEN-ANHALT . DE



LINKE Unterstützung beim Ameos-Streik

Die Forderung nach einem Tarifvertrag brachte die Beschäftigten der Ameos-Kliniken im Salzlandkreis bereits Ende 2019 auf die Straße. Was als Warnstreik begann, ging mit einem kraftvollen Arbeitskampf an den Standorten in Aschersleben, Bernburg, Schönebeck und Staßfurt 2020 weiter. An der Seite der Beschäftigten: DIE LINKE, die sich nicht nur vor Ort solidarisch zeigte, sondern auch auf Kreis-, Land- und Bundesebene parlamentarisch Druck machte.

Unsere Kreistagsfraktion hatte sich gegen die Privatisierung gewandt, weil die Konsequenzen leider vorhersehbar waren: ein Konzern, dem Profite wichtiger sind als gerechte Entlohnungen für den Einsatz der Beschäftigten. Statt mit gutem Lohn für gute Arbeit zu punkten, waren von Konzernseite immer wieder Drohgebärden, undurchschaubare Manöver und Falschinformationen wahrzunehmen. Gleichzeitig war die Unterstützung in der Bevölkerung bei den Kundgebungen der Beschäftigten enorm.



Der Druck von der Straße brachte alle wieder an den Verhandlungstisch, sodass im Sommer letzten Jahres immerhin eine Vereinbarung zwischen Ameos und ver.di zu Gehaltserhöhungen an den Standorten des Konzerns im Salzlandkreis geschlossen werden konnte. Ein erster Erfolg, aber nur ein Etappensieg. Jetzt geht es darum, einen fairen Tarifvertrag auszuhandeln. DIE LINKE wird diesen Prozess weiterhin wachsam begleiten.

Der Fall Ameos hat erneut deutlich gezeigt: Wenn Gesundheitsvorsorge nur gewinnorientiert gedacht wird, geht sie zwangsläufig an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. Hauptziel der LINKEN ist es deshalb, Kliniken wieder in öffentliches Eigentum zurückzuführen. Wir wollen die Gesundheitsvorsorge aus dem Warenkatalog entfernen. Deshalb: DIE LINKE! *Jörg Lemmert*



Solidarität und Verantwortung

Eva von Angern gehört zu denen, die ihrer ostdeutschen Heimat auch in schwierigsten Zeiten nicht den Rücken gekehrt haben. Politisch positioniert hat sich die Rechtsanwältin für die Linken in den 1990er Jahren, in denen wir jeden Tag im Kreuzfeuer der Kritik standen. Eines zeichnet die dreifache Mama besonders aus: Sie ist eine, die sich Herausforderungen mutig stellt und einen starken Willen zum Gestalten hat – allen Widerständen zum Trotz. Eva engagiert sich auch für die, die oft ihre Rechte und Anliegen nicht selbst vertreten können – für die Kinder und die Alten. Ihnen gehört ihr Herz. *Dietmar Bartsch*



Der Einsatz für bessere Schulen geht weiter

Das Bündnis »Den Mangel beenden – Unseren Kindern Zukunft geben!« war im letzten Jahr von Januar bis September überall im Salzlandkreis aktiv, um, soweit es die Corona-Beschränkungen zuließen, mit Unterschriftensammlungen zum Volksbegehren für deutliche Verbesserungen in der Unterrichtsversorgung und Personalausstattung an den Schulen in Sachsen-Anhalt zu kämpfen. Unterstützt von Eltern und Schüler:innen war auch DIE LINKE im Salzlandkreis u. a. in Aschersleben, Bernburg, Staßfurt, Schönebeck, Nienburg, Güsten und Calbe unterwegs, um für das Volksbegehren zu werben. Die am Ende knapp 77 000 eingereichten Unterschriften aus ganz Sachsen-Anhalt reichten zwar nicht aus, um den erhofften Volksentscheid herbeiführen zu können, waren aber dennoch ein deutliches Zeichen gegen den dramatischen Lehrer:innenmangel und hohen Unterrichtsausfall. Die Forderung nach einer Verbesserung der Unterrichtsversorgung und Personalausstattung an den Schulen im Land bleibt bestehen, DIE LINKE wird weiterhin dafür kämpfen. *Jörg Lemmert*

Augenhöhe und Vertrauen

LANDTAGSWAHL 2021 IN SACHSEN-ANHALT

Im Gespräch mit Eva von Angern, Vorsitzende der Landtagsfraktion DIE LINKE und Spitzenkandidatin zur Landtagswahl.

Sie waren gerade Mitte 20 und noch Studentin, da zogen Sie erstmals in den Landtag ein. Das war im Jahr 2002. Warum wollten Sie in die Politik?

Politisch aktiv war ich schon lange zuvor, allerdings weniger parteipolitisch. Ich habe mich gegen Rechtsextremismus engagiert. Die schrecklichen Vorfälle in Mölln und Rostock-Lichtenhagen haben mich sehr politisiert. 2002 wurde ich dann gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, für die PDS zu kandidieren. Zu dem Zeitpunkt wusste ich nicht, was das wirklich bedeutet, als Abgeordnete zu arbeiten. Ich hatte gerade mein erstes juristisches Staatsexamen in der Tasche, dazu einen zweijährigen Sohn. Als ich dann tatsächlich auf den Listenplatz 13 gewählt wurde, war ich überrascht. Das war ein enormer Vertrauensvorschuss. Und das hat mein Leben völlig durcheinandergebracht. Ich befand mich noch im Referendariat, wollte das Jurastudium unbedingt beenden. Ich weiß noch genau, dass ich damals mit meiner Fraktionsvorsitzenden Petra Sitte gesprochen hatte und sie klar sagte, du machst dein zweites Staatsexamen. Ein Riesenkraftakt, aber ich würde mich immer wieder so entscheiden.

Aus dem Vertrauensvorschuss wurde offensichtlich Vertrauen. Seit Dezember 2020 sind Sie Fraktionschefin. Welche Erwartungen haben Sie an sich selbst und spüren Sie da auch einen inneren Druck? Denn sicherlich sind damit ja auch Hoffnungen verbunden?

Der Druck ist enorm und ist nochmal stärker geworden, als ich Ja zur Spitzenkandidatur gesagt habe. Grundsätzlich bin ich ein ehrgeiziger Mensch, ich möchte aber auch Spaß haben und auf Augenhöhe arbeiten. Und ja, ich möchte auch erfolgreich sein. Insofern kommt der größte Druck von mir selbst. Es gibt aber viele Menschen um mich herum, die mich tatkräftig unterstützen und die mir vertrauen. Da ist ein Geben und Nehmen. Die Herausforderung ist, werde ich meinen eigenen Ansprüchen gerecht und denen Dritter? Ich kenne diesen Charakterzug von mir. Mittlerweile bin ich 44 Jahre alt und habe gelernt, damit umzugehen. Manchmal stelle ich mich ganz entspannt neben mich und sage: Eva, komm mal runter, schau mal, was du geschafft hast und sei einfach mal stolz darauf.



Foto: Bayk Weber

Männliche Abgeordnete werden kaum bis gar nicht befragt, wie sie denn Familie und diesen Politikjob zusammenbekommen. Sie haben drei Kinder. Wie bekommen Sie das hin?

Wir kriegen das hin, weil wir ein wunderbares soziales Umfeld haben: Familie, viele Freunde, gute Nachbarn. Wenn meine Familie nicht gesagt hätte, mach das, hätte ich es nicht getan. Ich habe vor einiger Zeit das Angebot, als Justizministerin in Brandenburg zu arbeiten, wegen meiner Kinder abgelehnt. Bin da auch im Reinen mit mir, diese berufliche Chance nicht genutzt zu haben. Trotzdem bleibt, wenn ich unterwegs bin, immer ein Stück schlechtes Gewissen, dass meine Familie und die Freunde zu kurz kommen.

Das Netzwerk gegen Kinderarmut wurde von Ihnen mitbegründet. Die Pandemie hat jetzt unabwiesbar offengelegt, dass besonders einkommensschwache Familien davon betroffen sind. Wie sehr trifft das auf Sachsen-Anhalt zu und konnten Sie aus der Opposition heraus etwas für die betroffenen Kinder und Eltern tun?

Mich bewegt diese unfassbare Ungerechtigkeit ungemein. In meiner ersten Wahlperiode war Kinder- und Jugendpolitik mein Fachthema. Die Zahlen armer Kinder und Jugendlicher waren damals ähnlich hoch. Im Finanzausschuss konnte ich dann sehen, dass selbst in wirtschaftlich guten Zeiten die fließenden Steuereinnahmen zu keinem Zeitpunkt diesen Kindern und Jugendlichen zugutekamen. Mir wurde klar, da müssen wir überparteilich aktiv werden, und ich bin wirklich stolz darauf, auch in Sachsen-Anhalt ein solches Netzwerk mit auf den Weg

gebracht zu haben. Das muss ernst genommen und dringend verändert werden. Was ich nicht nachvollziehen kann, ist, warum man dann aber Parteien wählt, die definitiv keine Antworten haben, gern aber in der Wunde rumstochern. Ich erwarte schon, dass genau hingeschaut wird, wo welche Partei Konzepte hat, um meine persönliche Situation oder die meiner Familie zu verbessern. Ich habe mir in all den Jahren die Fähigkeit bewahrt, viel zuzuhören und miteinander zu reden. Dazu gehört auch manchmal als Politikerin, klar zu sagen, da kann ich dir nicht helfen, weil das an anderer Stelle entschieden wird. Einfache Antworten auf schwere Fragen, die gibt es nicht. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass die Sachsen-Anhalter:innen genau hinschauen, wer wirklich ihre Interessen am besten vertritt.

Zukunftsforscher sagen, Zukunft hänge besonders von denen ab, die sie aktiv gestalten. Es müsse mehr über das Morgen als über das Heute nachgedacht werden. Das ist Aufgabe von Politik. Welche Zukunft möchten Sie für Sachsen-Anhalt?

Ich würde mir so sehr wünschen, dass wir irgendwann nicht mehr über das Thema Kinderarmut reden müssen. Ich möchte, dass die Forderung »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« irgendwann überflüssig ist, weil Menschen in Ost und in West und egal ob Mann oder Frau nicht nur das Gleiche für ihre Arbeit verdienen, sondern von ihrer Arbeit auch gut leben können. Wir brauchen eine andere Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Ich erachte gerade in der momentanen Situation mehr Mitspracherecht der Menschen in Sachsen-Anhalt für erforderlich. Ein »Pandemierat«, in dem Landtag, Landesregierung, Wissenschaft und Forschung, Gewerkschaften, Sozialverbände, Kunst- und Kulturschaffende gemeinsam über den besten Weg aus dieser Krise beraten, wäre ein sinnvolles, notwendiges Gremium. Es reicht nicht, die Maßnahmen von oben nach unten durchzudrücken. Sie müssen verstanden und mitgetragen werden. Diesen Ansatz zu pflegen, mehr miteinander, mehr Solidarität zu wagen, das ist aus meiner Sicht das wichtige Zukunftsthema und dafür tragen wir als LINKE Verantwortung. Das Gespräch führte Gisela Zimmer.

gebracht zu haben. Ich habe da engagierte Partner:innen bei vielen Sozialverbänden, den Gewerkschaften, der SPD, CDU und bei Bündnis 90/Die Grünen gefunden. Besonders gefreut habe ich mich, dass mein Antrag im Landtag, das Kindergeld nicht auf den Hartz-IV-Bezug anzurechnen – dass der tatsächlich von allen demokratischen Fraktionen mitgetragen wurde. So wie der Antrag von mir und meiner Fraktion eingebracht wurde, wurde er auch beschlossen. Es ist manchmal durchaus möglich, auch aus der Opposition heraus erfolgreich zu sein, wenn man ein Thema glaubwürdig vertritt und dranbleibt.

Sachsen-Anhalt hat gesellschaftliche Verschiebungen aushalten müssen. Auch erhebliche nach rechts. Nicht selten aus Frust oder aus dem Gefühl heraus, mit den eigenen Nöten nicht ernst genommen zu werden. Können Sie das verstehen?

Was ich verstehe, sind Unsicherheit und Existenzängste. Mit großer Sorge beobachte ich, dass bis zu 60 Prozent der Jugendlichen Angst vor der Zu-

Wir spenden gerne und das schon seit 25 Jahren

Als 1995 erstmals die Diäten für die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt erhöht werden sollten, hat die damalige PDS-Fraktion dies rigoros abgelehnt. »Nicht angemessen, nicht zu rechtfertigen angesichts der Lage vieler kleiner Leute im Land«, lautete damals ihre Begründung. Der Landtag entschied mehrheitlich anders. Was nun tun mit dem Geld, das nicht gewollt war, sie aber trotzdem bekamen? Die damaligen Abgeordneten entschlossen sich, einen »Solidarfonds« zu gründen, in den die zusätzlichen Zahlungen flossen, um damit Gutes zu tun. Über 25 Jahre ist dies nun her und seitdem zahlen LINKE-Abgeordnete ihre Diätenerhöhungen noch immer in den »Soli-Fonds« ein, wie er fraktionsintern genannt wird. Aus diesem Fonds wurden seitdem für Kinder- und Jugendarbeit, für Wohlfahrtseinrichtungen, Sport- und Kulturvereine, für Menschen in Not, für Behinderteneinrichtungen und viele weitere soziale Projekte in Sachsen-Anhalt über eine Million Euro gespendet.

Auch im Salzlandkreis konnten wir in den vergangenen Jahren tolle Projekte mit dem Geld aus dem Solidarfonds

unterstützen. In 2020 waren wir etwa mit unserer Landtagsabgeordneten Doreen Hildebrandt beim Bernburger Reitverein »Roschwitz e.V.« zu Besuch und unterstützten die Anschaffung neuer Sportanzüge für die Mädchen der Voltigiergruppe. Auch die Bewohnerinnen und Bewohner von »Haus Achterbahn« in Schönebeck konnten wir mit einer Spende in Höhe von 500 Euro beglücken. Die Corona-Hygienevorschriften machten zwar einen persönlichen Besuch im November 2020 nicht möglich, aber davon ließen sich unsere Spitzenkandidatin Eva von Angern und die Kreistagsfraktionschefin Sabine Dirlich nicht aufhalten, und so wurden das Geld und der Spendscheck der Leiterin des Kinderheims auf etwas ungewöhnlichem Wege zugestellt.

Auch für die kommenden Jahre steht für uns fest, dass wir, anders als andere Fraktionen, das Geld nicht für uns behalten wollen. Jede Diätenerhöhung werden wir wieder als Spende an Vereine und Verbände vor Ort weitergeben, um sie zu unterstützen und ihnen damit für ihre Arbeit unseren Respekt zu zollen. *Henriette Krebs*



Einsatz für die Bode hat sich gelohnt

Seit Jahren wird ein Fischsterben in der Bode verzeichnet. Trotz offensichtlicher Hinweise, dass dieses Sterben unmittelbare Folge der Einleitung von Abwässern aus Betrieben ist, erfolgte kaum eine Reaktion. Ursachen wurden nie hinlänglich geklärt, somit konnte auch nicht gegengesteuert werden. Dies sei so nicht hinnehmbar, waren sich die Initiatoren der Petition für eine saubere Bode einig.

Die Kernpunkte der Petition waren Forderungen nach mehr Transparenz, nach Ursachenforschung und vor allen Dingen nach Einsatz bestmöglicher Technik zur Vermeidung und Minderung von schädlichen Einflussfaktoren. Die Petition wurde mit dem Rückhalt von fast 1000 Unterschriften der Landtagspräsidentin Frau Brakebusch (CDU) übergeben.

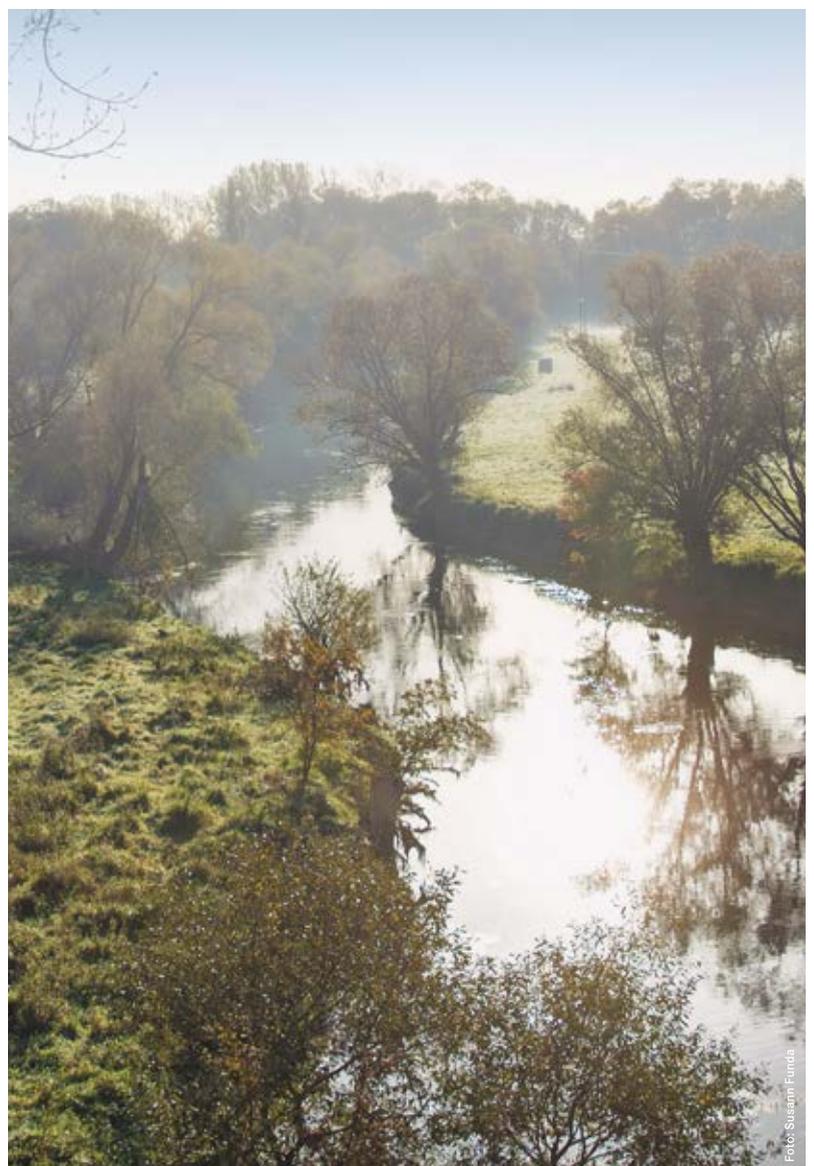
Der Petitionsausschuss befasste sich ausführlich mit den Forderungen, es kam zu regelmäßigen Gesprächen mit Petent:innen und auch ein Vorortbesuch beim Sodawerk wurde genutzt, um sich Klarheit zu verschaffen. Im Vorfeld waren auch die Landtagsab-

geordneten der Fraktion DIE LINKE nach Staßfurt gekommen und hatten sich an der Bode und im Gespräch mit Anglern ein Bild von der Dramatik der Situation gemacht. Die Bode ist die Lebensader der Stadt Staßfurt, betonte die Petentin Bianca Görke, Stadträtin der LINKEN in Staßfurt.

Im Ergebnis all dieser Anstrengungen sind tatsächlich einige Erfolge zu verzeichnen. So wurden zusätzliche Messstellen geschaffen, ein Monitoring soll die Überwachung regeln, zusätzliche Filter wurden angeschafft und verbaut, Notfallpläne aktualisiert und angepasst.

Nicht der ganz große Wurf war gelungen, als nach anderthalb Jahren die Petition im Dezember 2020 geschlossen wurde, aber wichtige Schritte für eine bessere, saubere Umwelt und zur Regeneration der Bode sind unternommen worden. Zugleich ist das erkämpfte Ergebnis ein Beweis dafür, dass Petitionen als Werkzeug niedrigschwelliger Bürger:innenbeteiligung durchaus Wirkung zeigen können.

Bianca Görke



Die Bode bei Staßfurt

Foto: Susanna Funda

Mehr Chancen durch bessere Bildung – für alle und von Anfang an!

Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft – das bestreitet kaum jemand. Doch getan wird dafür seit Jahren viel zu wenig. Die schlimmsten Defizite in unserem Schulsystem sind der Lehrkräftemangel, die fehlende Perspektive für die Schulsozialarbeit, der Stillstand auf dem Weg zu einer inklusiven Schule, die mangelnde Integration von Schüler:innen mit Migrationserfahrungen und nicht zuletzt der Rückstand in der digitalen Ausstattung. Das sind die Folgen von fast 20 Jahren CDU-Regierungen in Sachsen-Anhalt, in denen die Qualität der schulischen Bildung und der Schulabschlüsse immer weiter gesunken ist. Wir wollen das ändern und den Mangel in unseren Schulen beenden.

Während der Zeit der Pandemie wurden durch die teilweise oder vollständige Aussetzung des Präsenzunterrichts viele Schüler:innen in ihrer Entwicklung zusätzlich benachteiligt. Wir wollen die erforderlichen Ressourcen mobilisieren, um diese Nachteile auszugleichen. Durch höhere Investiti-

onen in Bildung wollen wir verhindern, dass der Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen weiterhin so stark von ihrer sozialen Herkunft abhängt.

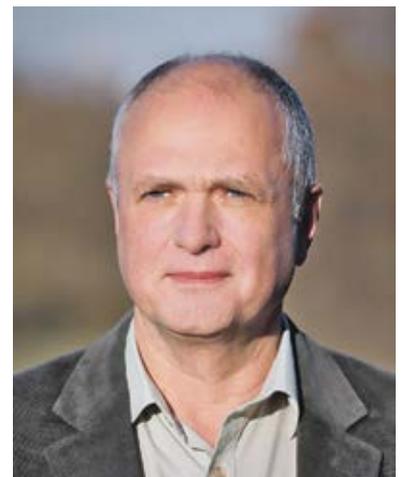
Dazu zählt eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive, um schnellstmöglich bis zu 2 000 zusätzliche Lehrkräfte und bis zu 1 000 zusätzliche pädagogische Mitarbeiter:innen bedarfsgerecht in den Schulen einsetzen zu können. Es gilt aber auch, digitale Lernformen künftig für alle nutzbar zu machen. Dafür sollen die Schulen schneller Glasfaseranschlüsse für ein leistungsfähiges Internet und jede Schülerin und jeder Schüler ein internetfähiges Gerät und einen Internetzugang erhalten.

In den letzten Jahren haben sich die Gemeinschaftsschulen als Schulform für längeres gemeinsames Lernen etabliert, weil hier die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg länger offengehalten wird. Diese Schulform wollen wir wieder stärker fördern. Gemeinschaftsschulen sollen durch

mehr praxisorientiertes Lernen ein polytechnisches Profil herausbilden. Außerdem sollen sie künftig alle schulischen Abschlüsse einschließlich der Fachhochschulreife und des Abiturs anbieten können.

Unsere besondere Unterstützung brauchen vor allem die vielen Schüler:innen, die jedes Jahr unsere Schulen ohne einen regulären Schulabschluss verlassen. Für sie ist es äußerst schwer, später im Leben richtig Fuß zu fassen – für sie und für uns alle werden wichtige Potenziale vergeudet. Wir wollen deshalb durch mehr individuelle Förderung sowie Angebote für »Produktives Lernen« und »Werkstattunterricht« die Möglichkeiten zur Erlangung eines Schulabschlusses verbessern und erweitern.

Bei der Bildung kommt es vor allem auf einen gelingenden Anfang an. Deshalb müssen die Kindertageseinrichtungen noch stärker als Orte frühkindlicher Bildung profiliert werden, wo die Kinder in der Gemeinschaft aufwachsen, sich



Thomas Lippmann

entwickeln und voneinander lernen können. Wir wollen, dass alle Kinder die Tageseinrichtungen wieder uneingeschränkt für täglich 10 Stunden besuchen können und dieser Besuch für die Eltern beitragsfrei ist. Außerdem wollen wir bis zu 3 000 Erzieher:innen zusätzlich einstellen und die Arbeit mit dem bewährten Programm »Bildung elementar« intensivieren.

Sachsen-Anhalt soll sich zu einem Bildungsland mit besseren Chancen für alle entwickeln und das von Anfang an!
Thomas Lippmann

Wer bezahlt die Krise?

Die Landtags- und Bundestagswahl 2021 werden mit ihrem Ausgang eine Frage beantworten, die die Politik der nächsten Jahre dominieren wird. Die Frage lautet: Wer bezahlt die Krise? Hier stehen sich zwei Strategien gegenüber.

DIE LINKE will für gute Schulen, gute Kinderbetreuung, für ein leistungsfähiges staatliches Gesundheitswesen, für eine Rentengarantie und vieles mehr die öffentlichen Haushalte stärken. Dazu braucht es Geld und dieses Geld ist ausreichend in unserer Gesellschaft vorhanden.

Auch und gerade während der Krise wuchsen sowohl international als auch in Deutschland die großen Vermögen weiter stark an, während viele Menschen in unserem Land in existenzielle Bedrängnis gerieten. Diese Entwicklung vollzieht sich aber schon seit vielen Jahren. Der frühere SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte zusammen mit den Grünen eine grundgesetzkonforme Vermögensbesteuerung verhindert. Angela Merkel hat diese Politik zugunsten einiger Tausend Familien in der Bundesrepublik fortgeführt. Und selbst jetzt, in der Corona-Krise, reagiert die CDU auf die Vorschläge, endlich die Superreichen für die Finanzierung der Krise heranzuziehen, allergisch und malt Schreckensgespenster an die Wand. DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich mit den Mächtigen anlegt. Wir for-



dern eine Vermögensabgabe, die über einen Zeitraum von 20 Jahren jährlich zwischen 17 und 34 Milliarden Euro zur Unterstützung der öffentlichen Daseinsfürsorge bereitstellen würde. Übrigens ist diese Idee im Grundsatz nicht neu. Sie ist schon einmal in der Bundesrepublik Deutschland umgesetzt worden, und zwar von dem CDU-Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Mit diesem Vorschlag trifft DIE LINKE den Nerv der Menschen in Sachsen-Anhalt. Im September 2020 befragten 62 Prozent der Befragten in unserem Land nach einer von uns beauftragten Umfrage zu Stimmungen und Meinungen im Land eine solche Vermögensabgabe zur Finanzierung

der Kosten der Pandemie, übrigens auch 65 Prozent der befragten CDU-Wähler:innen. Aber ganz gleich ob Vermögensabgabe oder Vermögenssteuer, die direkt in den Landeshaushalt fließen würde, die Besteuerung der großen Vermögen hat auch noch eine andere Funktion. Die starke Konzentration von Geld in den Händen des reichsten Tausendstels in Deutschland hat fatale Auswirkungen auf unsere Gesellschaft insgesamt, denn Konzentration von Geld ist immer auch eine Konzentration von Macht. Macht, die sich politisch nicht kontrollieren lässt, sondern so stark ist, dass gewählte Politiker:innen wie Bettler um die Gunst der Superreichen ringen. So etwas aber macht eine Gesellschaft kaputt und deswegen ist es wichtig, die finanzielle Macht einiger weniger zu beschneiden.

Natürlich kennen wir die Argumente der Gegner:innen einer solchen Vermögensbesteuerung. Sie verbreiten Falschmeldungen und behaupten, dass dann das sprichwörtliche kleine Häuschen von Oma und Opa vom Staat weggenommen werden würde, was natürlich Unsinn ist. Die Vorschläge einer solchen Vermögensbesteuerung gehen von Freibeträgen pro Person von bis zu zwei Millionen Euro aus. Erst ein Vermögen, das darüber liegt, würde überhaupt zur Besteuerung herangezogen werden und jährlich das Vermögen zwischen 0,5 und 2 Prozent belasten. Das gesamte zusätzliche Steuerauf-

kommen würde – je nach Ausgestaltung – zwischen 70 und 93 Prozent von dem reichsten Tausendstel der Bundesrepublik getragen werden.

Natürlich gibt es auch andere Wege, die Kosten der Krise zu finanzieren. Bereits im Januar diesen Jahres hat CDU-Finanzminister Richter gefordert, dass der Haushalt Sachsen-Anhalts für 2022 um etwa 7,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2021 zusammengestrichen werden muss. Berücksichtigt man dabei, dass sich viele Ausgaben gar nicht so schnell senken lassen, bedeutet ein solches Vorhaben ein radikales Zusammenstreichen von vielen Dingen, die uns wichtig sind. Die Kommunen würden noch ärmer werden. Es könnte kein Personal für Schule und Polizei eingestellt werden. Krankenhäuser würden weiter an Private verkauft und damit dem öffentlichen Einfluss entzogen werden.

Das sind die Alternativen, die 2021 zur Wahl stehen. Eine Wahl zwischen LINKE und CDU im Juni in Sachsen-Anhalt und im September bundesweit. Und weil es entscheidend ist, welche dieser beiden Möglichkeiten Realität wird, ist es so wichtig, dass jede:r zur Wahl geht. Noch eine letzte Bemerkung: Im Gegensatz zur LINKEN sagt die AfD nicht, woher sie das Geld für ihre Forderungen nehmen will. Eine Vermögensbesteuerung lehnt sie genauso ab wie die CDU, weil sie sich – auch wie die CDU – mit den wirklich Mächtigen in diesem Land nicht anlegen will.

Neustart nach Corona erfordert neuen Lastenausgleich

Die Corona-Pandemie stellt die Kommunen personell und finanziell vor besondere Herausforderungen, denn sie sind es, die die getroffenen Maßnahmen umzusetzen haben. Sie sind das Rückgrat der Gesellschaft. Die Verwaltung muss trotz weitgehender Arbeit im Homeoffice funktionsfähig gehalten werden und für die Bürger:innen erreichbar sein. Besonders gefordert sind die Gesundheits- und Ordnungsämter, die jedoch weder personell noch finanziell für die bestehende Situation ausgestattet sind. Vielmehr rächt sich jetzt, dass gerade im Gesundheitsbereich über die Jahre Stellen den Sparmaßnahmen zum Opfer gefallen sind, mit der Folge nunmehr völlig überlasteter Gesundheitsämter. Der Bund hat zwar schnell finanzielle Hilfen für Personal, Digitalisierung und moderne Strukturen im öffentlichen Gesundheitsdienst bereitgestellt, um die Versäumnisse der vergangenen Jahre auszugleichen, wichtig ist aber für die kommunalen Träger auch über 2026 hinaus ein angemessener finanzieller Ausgleich für den Personal- und Sachkostenaufwuchs.

Die Krise zeigt somit im Ergebnis ein Gesundheitssystem, das seit Jahren kaputtgespart wurde, während Profit und Effizienz den Gesundheits- und Pflegebereich bestimmten. Hier hat die Politik versagt. Und auch der enorme Nachholbedarf beim Ausbau der digitalen Infrastruktur ist uns in der Krise vor Augen geführt worden.

Kommunen brauchen eine bessere Finanzausstattung statt neuer finanzieller Hilfen

Die Corona-Krise hat für die kommunalen Haushalte erhebliche Folgen, womit für die Städte und Gemeinden einschneidende Folgen vorprogrammiert sind. So droht nach den pandemiebedingten Schließungen das wirtschaftliche Ende von gastronomischen Einrichtungen und Einzelhandelsgeschäften, was insbesondere in den Innenstädten sichtbar sein wird. Bereits jetzt sind die Steuereinnahmen der Kommunen eingebrochen und die finanziellen Belastungen zum Beispiel durch Mehrausgaben für Hygienemaßnahmen gestiegen. Dieses finanzielle Ungleichgewicht wird auch zukünftig die kommunalen Haushalte bestimmen und die Planungsunsicherheit ist trotz Corona-Konjunkturpaket aus 2020 angesichts der dynamischen Entwicklung in der Krise groß. Die Übernahme der Gewerbesteuerausfälle für 2020 darf deshalb auch kein einmaliger Akt bleiben. Insbesondere die Eigenbetriebe der Kommunen sind betroffen, da sie nicht an den Hilfsprogrammen des Bundes teilhaben dürfen. Die Einnahmeausfälle in den Bereichen Kultur, ÖPNV, Schwimmbäder und Kitas belasten damit die kommunalen Haushalte

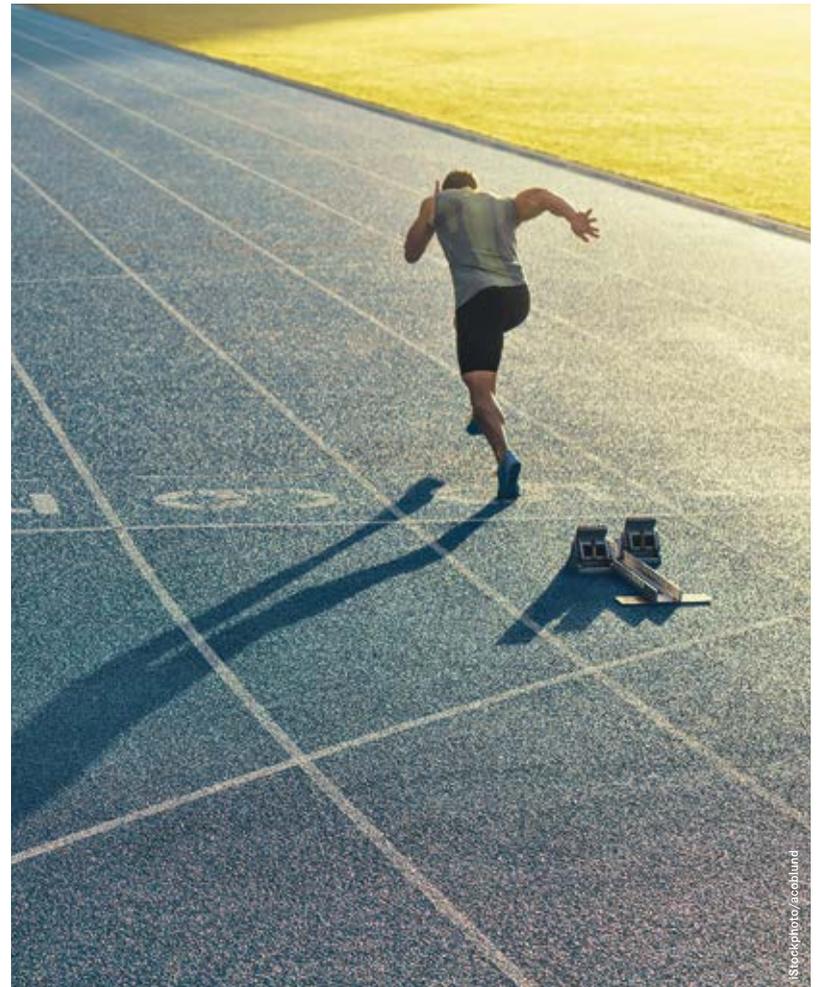
zusätzlich und Liquiditätsengpässe sind hier vorprogrammiert. Die Kommunen werden im Ergebnis all dessen auch für die nächsten Jahre auf zusätzliche Finanzhilfen angewiesen sein. Ohne einen weiteren Rettungsschirm zum Ausgleich von Einkommens- und Gewerbesteuerverlusten werden die Kommunen die notwendigen Investitionen nicht auf den Weg bringen können, die wiederum notwendig sind, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. DIE LINKE fordert bereits seit Jahren eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer, die die Einnahmen der Städte und Gemeinden nachhaltig stärken würde. Ohne eine nachhaltige Verbesserung der Kommunalfinanzen sind Investitionen in kommunales Eigentum dauerhaft auf Hilfen von Bund und Land angewiesen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf – wenn nicht in der Reform der Kommunalfinanzen, dann in Form eines kommunalen Investitionsprogramms.

Altschuldenregelung für Kommunen

Und auch die Altschuldenfrage, die gerade strukturschwächere Kommunen betrifft, ist noch nicht gelöst. Hier ist eine Länderlösung gefragt. Hessen hat mit der Hessenkasse ein eigenes Programm aufgelegt. DIE LINKE hat im Landtag dazu eine Debatte angestoßen, die darauf abzielt, mithilfe der Investitionsbank ein eigenes Programm zur Unterstützung der Kommunen aufzulegen.

Misstände wurden in der Krise deutlich

Vor allem die Schwächsten der Gesellschaft sind von der Corona-Krise stark getroffen worden. Viele Leistungen, insbesondere für Kinder, sind nicht mehr angekommen, da Einrichtungen geschlossen oder Angebote weggefallen sind. So konnten zum Beispiel durch die Schließung von Kitas und Schulen die im Bildungs- und Teilhabepaket vorgesehenen Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben für Kinder oft nicht mehr abgerufen werden, und die Kommunen waren leider nicht



in der Lage, schnell und großzügig Alternativen aufzuzeigen, wie Gutscheine oder Liefermöglichkeiten.

Die Corona-Pandemie hat noch einen weiteren Missstand in der Gesellschaft deutlich gemacht – die Konzeptionslosigkeit im Bildungsbereich. Seit langem redet die Politik von der Digitalisierung im Bildungswesen, doch die Pandemie hat schonungslos aufgezeigt, dass es sowohl an der digitalen Infrastruktur als auch an überzeugenden Konzepten für den Online-Unterricht fehlt. Dabei darf man auch nicht vergessen, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler so gut ausgestattet sind, dass sie von zu Hause aus online unterrichtet werden können. Die Kommunen als Schulträger müssen auch diese Aufgabe stemmen. Dank des Digitalpakts werden in den nächsten Jahren in den Städten und Gemeinden Millionen für die digitale Ausstattung der Schulen ausgegeben. Vernachlässigt werden darf dabei aber nicht, dass damit ein weiterer finanzieller Aufwuchs verbunden ist. Denn es wird weiterhin die Aufgabe der Kommunen und Schulträger sein, Betrieb, Support und Wartung der Technik in den Schulen sicherzustellen.

In jeder Krise liegen bekanntlich auch Chancen, und so hat die Pandemie den Städten und Gemeinden den dringend notwendigen Digitalisierungsschub nolens volens verpasst. Zukünftig werden wohl weniger Büroflächen benö-

tigt und Verkehrsströme werden sich infolgedessen verändern. Die Innenstädte stehen nicht nur aufgrund des Online-Handels vor einem grundlegenden Wandel. All dies wird das Leben in den Kommunen beeinflussen.

Vermögensabgabe gegen Corona-Schulden

Die Corona-Pandemie hat die Staatschulden anwachsen lassen. Spätestens nach den Bundestagswahlen wird die Frage, wer die Folgen der Corona-Krise bezahlt, beantwortet werden müssen. Ab 2022 soll die Schuldenbremse wieder gelten. Der Staat kann entweder sparen und damit Ausgaben drastisch kürzen oder aber seine Einnahmen – also Steuern – erhöhen. Damit stellt sich die Frage nach einer gerechten Verteilung der Folgekosten. Wir fordern eine mit dem Grundgesetz im Einklang stehende Vermögensabgabe. Diese Abgabe würde einmalig für Milliardäre und Multimillionäre erhoben, soll über 20 Jahre in Raten abbezahlt werden und würde weniger als ein Prozent der Bevölkerung betreffen.

Langfristig kommt niemand daran vorbei, die Frage zu beantworten, wie die Kosten der Krise bewältigt werden sollen und wer damit schlussendlich zur Kasse gebeten wird. Sie als Wähler:in werden dafür bei den Wahlen die Weichen stellen.

Henriette Krebs: Kandidatin für den Wahlkreis Bernburg

Ich bin Henriette Krebs und komme aus der Region: in Bernburg geboren, aufgewachsen und auch dort zur Schule gegangen. Nach dem Abitur habe ich fünf Jahre in Bayern und Sachsen gelebt, habe Ausbildung und Studium beendet und bin dann 2010 der Liebe wegen wieder nach Bernburg zurückgekehrt. Ich bin ausgebildete Werbekauffrau und Kommunikationswissen-

schaftlerin, 35 Jahre alt, habe zwei wundervolle Töchter und lebe in einer festen Partnerschaft. Unsere eigene kleine Familie, unsere beiden großen Familien und verlässliche Freunde vervollständigen mein soziales Gefüge, das mich immer wieder erdet, unterstützt und bei Bedarf auch wieder geradrichtet. Mein Tag beginnt mit einer guten Tasse Kaffee und dann bin ich bereit

für alle kleinen und großen Aufgaben. Jahrzehntlang haben sich Eltern auf die Fahne geschrieben, dass es ihren Kindern einmal besser gehen soll als ihnen. Dahinter stand der Glaube an einen immer weiterwachsenden Wohlstand in der Gesellschaft. Die Finanzkrise, globale Unsicherheiten und zuletzt die Corona-Pandemie haben diesen Glauben erheblich erschüttert. Die sozialen und finanziellen Brüche in unserer Gesellschaft sind offen sichtbar. Der Abstand zwischen hohen und niedrigen Einkommen in Deutschland wächst durch die Corona-Pandemie weiter. Menschen mit schon vorher niedrigen Einkommen sind im bisherigen Verlauf der Krise fast doppelt so häufig von Einbußen betroffen wie Menschen mit hohen Einkommen.

Wenn finanzielle Sorgen und Zukunftsängste die Familien beschäftigen und jeden weiteren Gedanken verdrängen, gerät Bildung aus dem Blick. Es muss daher kontinuierliche Aufgabe der Politik sein, allen Kindern und Jugendlichen eine gute schulische Ausbildung in Sachsen-Anhalt zu garantieren – und zwar unabhängig von der finanziellen Lage des Elternhauses. Das fängt bei kleinen Dingen an, etwa dass Schulbücher in der Schule ausgeliehen werden können. An manchen Schulen ist das die Regel, an anderen Schulen sind Leihexemplare leider die Ausnahme.

Und es geht mit großen Dingen weiter. Nach wie vor haben wir in Sachsen-Anhalt mit einem Mangel an Lehrerinnen und Lehrern zu kämpfen. Wie wollen wir denn kluge Köpfe ausbilden und für das Leben nach der Schule fit machen, wenn zu viele Unterrichtsstunden, infolge des Lehrermangels, entfallen? Es braucht schlichtweg mehr Lehrerinnen und Lehrer für eine gute Bildung und vor allem für eine flächendeckende Unterrichtsversorgung in Sachsen-Anhalt.

Noch ein Gedanke zum Abschluss: Die Digitalisierung nimmt in allen Bereichen des Lebens, insbesondere aber in der Arbeitswelt einen immer größeren Raum ein. Auf diese Anforderungen muss die jetzige Generation schnellstens und bestens vorbereitet werden. Das setzt zwei Dinge voraus: eine entsprechende IT-Ausstattung und qualifiziertes pädagogisches Personal. Wenn Schülerinnen und Schüler in der Zukunft wirklich einmal an allen Schulen die Möglichkeit haben, mit mobilen Endgeräten zu arbeiten, dann muss es auch genügend Lehrkräfte geben, die ihnen das nötige Wissen zum digitalen Lernen und Arbeiten vermitteln können.

Es gilt, in den nächsten Jahren noch einiges an großen und kleinen Aufgaben für eine bessere Bildung zu meistern. Gemeinsam mit Ihnen möchte ich diese Aufgaben angehen. *Henriette Krebs*



Henriette Krebs
Wahlkreis 21 (Bernburg),
Jahrgang 1985, Stadträtin in
Bernburg

Marco Kiontke: Kandidat für Aschersleben

Mein Name ist Marco Kiontke, ich bin 44 Jahre alt und zusammen mit meiner Lebenspartnerin habe ich zwei tolle Kinder. Ich bin Krankenpfleger aus Leidenschaft und arbeite seit 2003 am Universitätsklinikum Magdeburg. Neben meiner Arbeit als Stationsleiter umfasst mein Aufgabengebiet am Klinikum auch die Ausbildung zukünftiger Pflegefachkräfte. In einer Zeit, in der viel über den Personalmangel in dieser Berufsgruppe geschrieben und gesprochen wird, leistete ich meinen Beitrag dazu, dass sich diese Situation zukünftig zum Besseren wendet. Aber auch an den Arbeitsbedingungen für Pflegerinnen und Pfleger gilt es noch einiges zu verbessern. Darum engagiere ich mich auch im Landespflegerat Sachsen-Anhalt, um die Ausbildung und die Rahmenbedingungen für Pflegekräfte zu verbessern und so zu einer qualitativ hochwertigen Pflege im Land beizutragen. Denn nur so kann es uns gemeinsam gelingen, Pflegeberufe attraktiver zu gestalten, sodass sich auch mehr junge Menschen für diesen anstrengenden, aber sehr schönen Beruf entscheiden.

Sich neben beruflichen Aufgaben noch ehrenamtlich zu engagieren, bedeutet einen nicht zu unterschätzenden Zeit- und Kraftaufwand, was ich an dieser Stelle nicht verhehlen will. Dennoch blicke ich mit Freude und auch ein wenig Stolz auf die vielen Jahre als Vorsitzen-

der des Schul- und Gemeindefratens in der Stadt Aschersleben zurück. Die unterschiedlichen Aufgaben und der Kontakt mit inspirierenden Menschen, welche mir in dieser Zeit begegnet sind, haben dieses Amt zu etwas Besonderem gemacht. Gerne erinnere ich mich an gemeinsame Erfolge, seien es die Umsetzung der Elternvariante bei den Kosten für Kita-Beiträge oder die Umsetzung der dezentralen Schuleingangsuntersuchung im Salzlandkreis. Seit 2019 engagiere ich mich nun als Stadtrat in der Fraktion DIE LINKE für die Menschen vor Ort. Noch immer habe ich einen Blick auf Kitas und Schulen in unserer Stadt, aber die Unterstützung der örtlichen Feuerwehr und die Stärkung des kommunalen Einzelhandels für eine lebendige Stadt Aschersleben sind mir ebenso wichtig.

Aufgrund meiner bisherigen beruflichen Erfahrungen möchte ich mich in meiner zukünftigen Arbeit im Landtag auf zwei thematische Schwerpunkte konzentrieren:

Fragen rund um die Pflege genießen momentan einen hohen Stellenwert. Aus meiner Sicht kann der weitere Weg nur über die Schaffung einer unabhängigen Pflegekammer führen. Nur auf diesem Wege können die Weichen für eine zukunftsfähige Ausgestaltung der Arbeit in der Pflege gestellt werden. Und nur mit einer personellen, finanziellen

und inhaltlichen Stärkung der Pflege wird die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Sachsen-Anhalt zu gewährleisten sein.

Die Bildung in Sachsen-Anhalt muss endlich einen höheren Stellenwert erhalten. Das bedeutet vor allem, den Bedarf an Lehrer:innen zu decken, denn bei Bildungsfragen geht es im-

mer auch um Zukunftsfragen des Landes. Daher bedarf es einer angemessenen personellen, finanziellen und sächlichen Ausstattung, hier vor allem der IT-Ausstattung. Es muss unser Ziel sein, in Sachsen-Anhalt eine für Eltern beitragsfreie Kinderbetreuung zu finanzieren, damit sich niemand aus finanziellen Gründen gegen ein Kind entscheiden muss. *Marco Kiontke*



Marco Kiontke
Wahlkreis 18 (Aschersleben),
Jahrgang 1976, Stadtrat in
Aschersleben

Für einen öffentlichen Klinikverbund kommunaler Krankenhäuser

Eine Lehre aus der Corona-Pandemie steht aus unserer Sicht schon fest: Das Gesundheitssystem muss wieder auf einer stabilen Basis stehen. Konzerne kaufen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen – diese Entwicklung hat in Sachsen-Anhalt enorm zugenommen mit fatalen Folgen. Um darüber miteinander ins Gespräch zu kommen, trafen sich Holger Waack, Oberarzt in Aschersleben und Betriebsrat in der dortigen Ameos-Klinik, und der LINKEN-Politiker Gregor Gysi.

Gysi: Herr Oberarzt, ich beobachte schon lange, dass sich Ameos als Privatkonzern gerade in Sachsen-Anhalt an den ehemaligen Kreiskrankenhäusern massiv bedient, um mit der Krankenversorgung Gewinne zu maximieren. In Ihrem Krankenhaus werden die Beschäftigten unterdurchschnittlich bezahlt. Von 600 Euro weniger als in öffentlichen Kliniken ist dort die Rede. Tarifverhandlungen lehnt das Unternehmen ab. Noch schlimmer, Sie als Betriebsrat sollten zwischenzeitlich aus der Klinik geworfen werden.

Waack: Ja, das stimmt. Ich habe mich allerdings erfolgreich gegen diese Maßnahmen gewehrt und werde wei-

terhin für faire Löhne streiten. Die Gehaltsunterschiede zwischen privaten und öffentlichen Krankenhäusern sowie in Ost und West sind eklatant. Abwanderung ist die Folge. Deshalb ist der Arbeitskampf der Beschäftigten für einen Tarifvertrag so wichtig. Ameos, mittlerweile an zehn Standorten in Sachsen-Anhalt präsent, zeigt, wie wichtig es ist, künftige Privatisierungen konsequent zu verhindern.

Gysi: Mit einer Privatisierung steigt der eh schon starke Druck des wirtschaftlichen Handelns in den Kliniken weiter an. Die Privatisierung hat immer zum Ziel, Gewinn zu machen und zu steigern und Kosten niedrig zu halten. Fließt kein Gewinn mehr, werden die Häuser geschlossen. Die Krankenhäuser sind durch die politischen Rahmenbedingungen zu Rendite-Objekten geworden statt zu Orten der Gesundheitsversorgung.

Waack: Genau. Und durch die Prämisse der Gewinnmaximierung verkommt bei vielen privaten Klinikbetreibern die Gesundheitsleistung am Patient zur Ware. Das Personal wird ausgedünnt und schlecht bezahlt. Ameos selbst wirbt Fachkräfte aus den benachbar-



ten EU-Ländern an, um den Weggang langjähriger Kolleginnen und Kollegen zu kompensieren. Dann wird argumentiert, der Weggang von Fachkräften entspräche der natürlichen Fluktuation. Die Klinik-Kette Ameos stand aus meiner Sicht bislang für Tariffucht, für ungleiche Gehälter bei gleicher Arbeit.

Gysi: Die Pandemie hat noch einmal sehr deutlich gezeigt: In einem Krankenhaus muss man sich vornehmlich um Gesundheit kümmern, nicht um Profite. Dafür braucht die Gesundheitsversorgung eine stabile Finanzierung durch die öffentliche Hand sowie eine klare politische Zuständigkeit, um private Klinikbesitzer wenigstens zu prüfen.

Waack: Wir brauchen eine Tarifbindung für alle an der klinischen Patientenversorgung Beteiligten. Das schließt Pflegekräfte und ärztliches, aber auch nicht medizinisch tätiges Personal ein. Die Löhne müssen sich an denen des öffentlichen Dienstes orientieren. Die Beschäftigten brauchen finanzielle Sicherheit, um sich gut um Patienten kümmern zu können.

Gysi: Ja, Tarifverträge wären wichtig. Aber sie fallen nun einmal nicht vom Himmel. Das Pflegepersonal muss in die Gewerkschaften zurückkehren, dazu gehören im Übrigen auch die Ärzte. Woran liegt es eigentlich, dass sie sich oftmals den Streiks oder kollektiven Tarifverhandlungen entziehen?

Waack: Die privaten Kliniken wollen die Mitbestimmung des Personals verhindern. Die Beteiligung der Ärzteschaft an den Streiks zu Jahresbeginn 2020 ließ auch in Aschersleben sehr zu wünschen übrig. Viele Ärztinnen und Ärzte werden außertariflich bezahlt, was dazu führt, dass die Solidarität unter den Ärzten und zwischen den Be-

rufungsgruppen immer weiter abnimmt. Leider denken viele nur an sich statt an die gesamte Belegschaft.

Gysi: Als wenn das alles nicht schon schlimm genug sei, gab es im Pandemie-Jahr 2020 sogar Schließungen von Kliniken. Und das in einer äußerst belastenden Situation für das Gesundheitssystem und alle Menschen. Die durch die Krise hervorgerufenen Mehrkosten im Gesundheitsbereich sollen, so ein Vorschlag des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn, die öffentlichen Krankenversicherungen zahlen und damit jeder einzelne Beitragszahler – das heißt am Ende wieder weniger Netto vom Brutto statt Tarifverträge und Krisenzuschlag.

Waack: Ich bin sehr traurig darüber. Wir als Betriebsräte sind gut vernetzt untereinander und waren bestürzt, als im letzten Jahr in Havelberg das einzige Krankenhaus vollständig geschlossen wurde. Der private Investor sah es vermutlich als lukrativer an, die medizinische Versorgung zugunsten von Pflegeeinrichtungen aufzugeben. Solche Managemententscheidungen im Gesundheitswesen haben, nicht nur in Sachsen-Anhalt, krankenhaushfreie Regionen zur Folge.

Gysi: Der Artikel 2 des Grundgesetzes steht für den Schutz der psychischen und physischen Gesundheit eines jeden Menschen ein. Von einer Zweiklassen-Gesellschaft bei der Gesundheitsversorgung ist dort keine Rede. Gleiche Arbeit muss auch gleich bezahlt werden, egal ob als Angestellte im privaten Unternehmen oder öffentlichen Dienst. Die Kette der Unruhen unter dem Klinikpersonal in Sachsen-Anhalt muss mit zeitgemäßer, an Tarife gebundener Bezahlung beantwortet werden. Das Outsourcing muss ebenfalls beendet werden.



Bitte nicht stören! Bin im Wahlkreis!

LANDTAGSWAHL 2021 IN SACHSEN-ANHALT

Wahlkreistage sind die eigentliche Aufwandsentschädigung für Abgeordnete. Die meisten Parlamentarier mögen diese Begegnungen mit dem Alltag, helfen sie doch, den Plenarsaal nicht mit dem wirklichen Leben zu verwechseln. Eva von Angern ist so eine aus dem Landtag, die sich gern in Schönebeck und Umgebung aufhält, sich informieren lässt, zuhören kann und ihr Aufgabenheft immer dabei hat. Erwartungen, Forderungen, Anregungen, aber hin und wieder auch Kritik gibt es bei diesen Terminen. Eva ist ihren Gesprächspartner:innen gegenüber meist aufgeschlossen, aber sie bleibt dennoch beharrlich an den verabredeten Aufgaben dran. Ja, sie kann auch nerven, wenn es um die Einhaltung von Versprochenem geht. Zuweilen sind es völlig neue Themen, denen sie sich in den aufgesuchten Einrichtungen stellt. Dann sucht sie fachkundigen Rat aus Respekt vor ihrem Gegenüber.

Die meisten Begegnungen in ihrem Wahlkreis fanden in Kinder- und Jugendeinrichtungen und bei sozialen Projekten statt. Kinderarmut und von Finanznot bedrohte Jugendarbeit sind für Eva von Angern Reizthemen, bei denen sie sehr energisch werden kann. Versprechen werden gehalten. Wenn direkte Gespräche aufgrund der co-



Wahlkreistermin bei der AWO: Roland Claus, Eva von Angern, AWO-Kreischefin Ines Grimm-Hübner und Sabine Dirlich

ronabedingten Abstandsregelungen nicht möglich sind, so wird telefoniert oder Spendengelder über den Zaun hinweg überreicht.

Wahlkreistage sind meist Spiegelbild der ganzen Vielfalt des gesellschaftlichen Lebens. Da geht es um das Grundbucharchiv in Barby, die aktuellen Sorgen des Bürgermeisters von Calbe, den Erhalt historischer und kultureller Denkmale wie die Rosenberg, die Entwicklung des Chemieunternehmens SCHIRM, die kulturelle und touristische Potenz des Kurstandortes Bad Salzelmen u. v. a. m. Nicht zu vergessen

die zahlreichen Aktionen während des AMEOS-Streiks, bei denen Eva ihre Solidarität und Unterstützung bekundete und u. a. mit einem von ihr organisierten Auftritt von Hans-Günther Pölitze und Marion Bach für Unterhaltung und Entspannung sorgte. Das waren einige wenige Beispiele für erfolgreiche Wahlkreisarbeit, wohl wissend, dass nicht immer alles gelingen kann, was wir und Eva sich wünsch(t)en.

Wahlkreistage sind im Unterschied zu Sitzungstagen bei aller Anstrengung auch immer Wohlfühloasen. Das weiß Eva, denn sie ist auch ein Genuss-

mensch. Ganz uneigennützig kommt sie also nicht. Sie isst gern, und auch das geht im Wahlkreis hervorragend. Nicht selten finden auch in diesem Rahmen interessante Gespräche statt.

Zum Schluss noch ein Geheimnis erfolgreicher Wahlkreisarbeit: Sei immer für deine Gesprächspartner:innen da und nicht an der kurzen Leine deines Landtagsbüros. Eva beherrscht diese selten gewordene Balance und Gesprächskultur. Davon könnten so manche Abgeordnete noch lernen. »Bitte nicht stören! Bin im Wahlkreis!« Roland Claus

Bianca Görke: Kandidatin für den Wahlkreis Staßfurt

Ich habe mich bereits als junger Mensch dafür entschieden, mich politisch einbringen zu wollen, und habe dies dann auch kommunalpolitisch in verschiedenen Gremien umgesetzt. Diesem Umstand ist es geschuldet, dass ich nunmehr auf 30 Jahre aktive politische Arbeit zurückblicken kann. Mitunter ist mir genau dieser Blick zurück sehr wichtig, denn er zeigt mir andererseits auch zukunftsweisend die Richtung. Meine politischen Ambitionen könnte man kurz so benennen: mit meinem Wirken das Leben der Menschen ein bisschen besser machen. Aber ganz so pauschal will ich es doch nicht stehenlassen, denn es gibt auch bei mir natürlich sogenannte Herzenthemen. Dies sind ökologische Vernunft, Nachhaltigkeit und Gesundheit.

In meinem Verständnis sind diese Themen untrennbar miteinander verbunden, denn ohne eine funktionale saubere Umwelt kann der Mensch auch nicht gesund leben. Ich bin geprüfte Fachwirtin im Gesundheits- und Sozialwesen und arbeite als Standortleiterin bei einem Bildungsträger des Landes Sachsen-Anhalt. Gesundheitspolitik soll auch künftig mein Schwerpunktthema in der Landespolitik sein. Dass Gesundheitsvorsorge und -betreuung

politisch nicht als Ware behandelt werden dürfen, ist in vielen linken Initiativen und Veröffentlichungen bereits thematisiert worden. Hier muss auch endlich wirksam angesetzt und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für einen Krankenhausbetrieb neu geordnet werden. Die Abrechnung nach diagnosebezogenen Fallgruppen (DRG) ist eben nicht der propagierte Heilsbringer, sondern eine Methode für Betreiber von Gesundheitseinrichtungen, sich die Rosinen aus dem Kuchen herauszupicken. Aber grundständige gesundheitliche Versorgung muss den gleichen Stellenwert haben wie Spezialisierung. Auch die Rolle der Krankenkassen muss genauer beleuchtet werden. Andere Länder sind dem deutschen Gesundheitssystem bereits voraus und binden die Krankenkassen stärker mit ein. Insbesondere bei der Bewältigung der Herausforderung der Pandemie wurden die Kassen dort bei der Umsetzung der Impfpläne mit einbezogen, was zur Folge hatte, dass es eine geordnete Impfkoordination gab – etwas, wovon Sachsen-Anhalt gerade meilenweit entfernt ist. Auch der vollmundig versprochene Terminservice der Krankenkassen, der die Wartezeiten bei Fachärzt:innen verkürzen sollte, entpuppte sich schon bald als Rohrkrepierer, denn eine zügige Hilfestellung



wird nach wie vor nicht gewährleistet. Ausnahmesituationen wie jetzt die Herausforderungen durch die Pandemie sind nicht reibungsfrei zu bewältigen, aber man muss einen roten Faden erkennen können und das Heft des Handelns muss klar bei der Politik liegen. Maßnahmen müssen nachvollziehbar sein und vernünftig kommuniziert werden, nur dann kann man erwarten, dass große Teile der Bevölkerung sie auch akzeptieren. Aktuell zeigt sich aber, dass nicht agiert, sondern immer nur auf veränderte Bedingungen reagiert wird, und die Arbeitsweise des Gesundheitsministeriums ist deshalb oft von Aktionismus und Hilflosigkeit geprägt. Eine überzeugende Strategie, auch für künftige Szenarien, ist noch immer nicht erkennbar.

Hier ist für linke Ideen weiterhin ein breites Betätigungsfeld, welchem ich mich gern mit ganzer Kraft widmen möchte. Bianca Görke

Impressum

Wahlzeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2021
Herausgeberin:
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
Landesgeschäftsführerin
Sabine Krems-Jany (V.i.S.d.P.)
in Zusammenarbeit mit dem
Kreisverband Salzlandkreis
Erscheinungstermin: April 2021
Auflage: 110 000 Exemplare
kontakt@dielinke-lsa.de
www.dielinke-sachsen-anhalt.de



Die Nutzungsrechte nicht gekennzeichnete Bilder liegen bei der Partei DIE LINKE.
Layout und Satz:
DiG / Plus GmbH
Druck: Berliner Zeitungsdruck